Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 31 (1937)

Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hier scheint sich die Alternative einzustellen: Zusammenbruch nach Innen, oder Ausbruch im Kriege. Dabei scheint sich Chinas Widerstand verstärkt zu haben. Die tragikomische Episode Tschang-Hsüeliangs und Tschang-Kai-Scheks habe, wenn überhaupt einen, auch diesen Sinn. Das könnte Japan abhalten oder auch drängen — je nachdem!

Die wachsende Brandung.

Während in Europa das Spiel der Kräfte zur Entscheidung drängt, wächst die Flut, die von außerhalb her gegen dieses erschütterte Europa anbrandet. Vor allem kommt die panarabische Bewegung in Betracht. Daß sie von Italien und Deutschland geschürt wird, bedeutet eine Fortsetzung des europäischen Kräftespiels in diese Welt hinein. Der Irak hat sich gegen England aufgelehnt. In Palästina werden neue Unruhen vorausgesehen. (Dort waltet, nebenbei gesagt, gegenwärtig die Königliche Kommission, die England geschickt hat.) Der Anspruch der Türkei auf den sogenannten Sandschak gehört wohl auf die gleiche Linie. In ganz Nordasrika, wie in der Negerwelt, ist die Gärung groß. Mussolini aber muß in Abessinien 425 000 Soldaten unterhalten, die mit den 120 000 Arbeitern zusammen monatlich eine halbe Milliarde Lire kosten. Alles labil, alles in Auslösung und Neubildung. Gottlob — trotz allem!

Ausblick.

Soweit wir sehen können wird das Mittelpunktsproblem dieses "Jahres der Entscheidung" 1937 das Verhalten und das Schicksal des Hitlertums und Hitlerdeutschlands sein.

Wenn wir uns noch einmal an das erinnern, was wir über die unerträglich werdende wirtschaftliche Notlage Deutschlands angeführt haben, wozu eine ganz ohne Zweifel wachsende allgemeine Mißstimmung gegen das Regime kommt, dann stellt sich jetzt die von uns oft formulierte Alternative in akutester Form dar: Entweder muß das Hitlersystem, bankrott geworden, im Innern zusammenbrechen, oder es erfolgt der Ausbruch in den Krieg.

Daß sich Kräste sinden werden, die das Zweite verhüten, bleibt auch rein politisch betrachtet eine berechtigte Hossnung. Der letzte Grund unserer Hossnung, und zwar ein fester, liegt freilich anderswo. Auf ihn trauen wir.

11. Januar 1937.

Leonhard Ragaz.

,,m., =	D df d	پيسر
	Rundschau	
		■

Zur Chronik.

I. Deutschland. Gegen die Ernsten Bibelforscher sind 14 Prozesse geführt worden, die mit zum Teil sehr schweren Strafen endeten.

Einer der schlimmsten "Ueberläufer", der Professor der "Rechtswissenschaft" an der Universität Berlin Carl Schmitt, Erfinder der "Freund- und Feind"-Lehre, einst Säule des Katholizismus und Judenfreund, dann eifrigster Nationalsozialist und Antisemit, hat seine verdiente Strafe gefunden: er ist als doch nicht voll erfunden und aus allen Parteistellungen entfernt worden. Vivant sequentes!

Das humanistische Gymnasium ist beinahe ganz abgeschafft worden. Das Griechische wird in ein kleines Reservat verwiesen, das Latein zugunsten des - Englischen zurückgedrängt. Das ist konsequent. Denn es wäre ein Hohn, im Hitlertum weiter von Humanismus zu reden. Aber wo bleibt Rosenbergs und Hitlers Berufung auf die Griechen als Vorbilder der Rassekultur?

Immer wieder wird zuverlässig von schauderhaften Zuständen in der Hitler-

jugend, besonders in bezug auf sexuelle Dinge, berichtet.

Mit dem General von Seekt hat Deutschland einen seiner besten Offiziere, den Neubegründer des deutschen Heeres, verloren. Briefe und Anekdoten, die Emil Ludwig im "Neuen Tagebuch" veröffentlicht, zeigen, wie dieser scheinbare Militarist in Reinkultur ein sehr menschlicher, fast weicher, dazu hochgebildeter Mann war und übrigens von Geringwertigeren, z. B. Hindenburg, wacker auf die Seite gedrückt wurde. Seine Art ist jedenfalls am Aussterben.

II. Aufrüstung. Im Jahre 1936 seien ungefähr 50 Milliarden Schweizerfranken für die Kriegsrüftung ausgegeben worden, was, wenn ich nicht irre, auf jede Minute 100 000 Franken ausmacht. 1914 waren es noch zehn Milliarden Franken.

III. Soziales und Sozialistisches. Der große Hafenarbeiterstreik an der pazifischen Küste der Vereinigten Staaten gehe (erfolgreich?) seinem Ende entgegen.

Große Bedeutung besitzt der Arbeitskampf in der Automobilstadt Detroit. Er hat zwei Seiten: Er ist auf der einen Seite ein Ringen um die Anerkennung der freien Gewerkschaftsorganisation an Stelle der an die Unternehmer gebundenen Company Unions und auf der andern ein Kampf zwischen der reaktionären alten Federation of Labor und den neuen Industrial Unions von Lewis. Auch die Fabrikbesetzung spielt eine Rolle. Ueber 100 000 Arbeiter seien am Kampf beteiligt.

Trotzky ist nun in Mexiko. Die dortigen Kommunisten haben gedroht, des-wegen Revolution zu machen. Und in Moskau erklären sie Radek, der bis vor kurzem an der ersten Stelle, in der "Prawda", die russische Außenpolitik journalistisch vertrat, als Agenten des Kapitalismus und des deutschen Imperialismus. Das ist ungefähr so wahr, wie wenn die Nazi behaupten, sie hätten keine Soldaten in Spanien und die Franzosen wollten Spanisch-Marokko annektieren. Es ist der reinste Wettbewerb in der Lüge, nur möglich bei der tiefsten und übrigens wohlverdienten Verachtung derer, die folche Dinge glauben follen und zum Teil auch

III. Kultur. Argentinien hat die Prostitution verboten. Geschlechtskrankheiten müßten angezeigt werden, vor der Ehe eine gesundheitliche Untersuchung statt-

finden.

Die Holzvorräte, anders gefagt: die Wälder der Erde gingen der Erschöpfung entgegen. Wegen dem zu großen Verbrauch von Papier- und Ersatzstoffen aller Art. Ein Vorzeichen von noch größerer Verwüstung, die kommen wird, wenn nicht eine radikale Umkehr der "Kultur" erfolgt. Bei den alten indianischen Einwohnern Perus zeige sich eine wunderbare

Regenerationsbewegung.

IV. Religion und Kirche. 1. Protestantismus. Der Kampf in der deutschen Kirche spitzt sich wieder zu. Die Bekenntniskirche erläßt von ihrer Synode in Breslau aus einen neuen dringenden Protest und Aufruf gegen die Verfolgung der Kirche und Paganisierung des deutschen Volkes. Ihre theologische Schule in Elberfeld ist verboten worden, Studenten, die sich zu ihr bekennen, erhalten keinen Zutritt zu den staatlichen theologischen Fakultäten. Auch die "Evangelischen Wochen" find verboten.

Der offene Abfall geht weiter. Der Austritt aus den Kirchen wird massenhaft. Sogar der neue Sekretär der offiziellen Hitlerkirche, Dr. Muhts, tritt aus dieser Kirche aus und dann freilich nach ein paar Tagen wieder ein. In der deutschchristlichen Thuringer Kirche tauchen auch die "Bischöfe" Müller und Hossenfelder wieder auf. In Thüringen verbietet der Minister für Volksunterricht den Unterricht im Alten Testament. Es sei auf dem Boden des neuen Deutschland kein Raum für "ifraelitische Religionsgeschichte". Haarsträubende Lästerungen Christi, besonders vom Boden eines Hitlerkultus aus, sind an der Tagesordnung.

Mit Heinrich Weinel, Professor der Theologie an der Universität Jena, ist ein bedeutender und vielseitiger Mann gestorben, der mit Tolstoi begann, aber auch nicht die Kraft hatte, der Entwicklung entgegenzutreten, die zur Vergottung Hit-

lers führte.

Unser Freund, Pfarrer Etter, der von seiner langen und sehr gesegneten Wirksamkeit in Rorschach zurückgetreten ist, hat zum Abschied eine sehr schöne und erfreuende Predigt gehalten, die den bezeichnenden Titel trägt: "Dein Reich komme!" Sie sei auch unsern Lesern warm empfohlen. (Man kann sie bei der Druckerei Löpfe-Benz in Rorschach beziehen.) Dem Demissionär aber wünschen wir noch einen erntereichen Spätnachmittag des Lebens und Wirkens. An Arbeit fehlt es nicht. Siehe Matthäus 9, 35 ff. Die Volkshaus-Vorträge über das Thema: "Wie beten wir heute das Unser

Vater?", welche die religiös-sozialen Vereinigungen von Zürich diesen Winter ver-

anstalteten, waren wieder von Anfang bis zu Ende sehr gut besucht.

2. Katholizismus. "Jugend am Werk" ist nun als "Ruf zur Wende" erschienen. "Der Geist lebt in uns allen." Die erste Nummer ist von einer aus dem Glauben geborenen revolutionären Kühnheit, die man heute bei uns auf dem durch die Theologie verdorbenen Boden des kirchlichen Protestantismus vergeblich sucht.

Es sei die interessante Begründung der Wandlung von "Jugend am Werk" zu "Ruf zur Wende", die wir das letzte Mal aus technischen Gründen streichen muß-

ten, nachgetragen:

"Ursache zu dieser Maßnahme ist nicht, wie etwa vermutet werden könnte, ein Verbot, das sich auf "JaW" verhängnisvoll ausgewirkt hätte - das Gegenteil ist richtig! -, sondern andere zwingende Gründe. Allen denjenigen, die uns in guter Meinung geraten haben, wir möchten doch in unserer abwartenden Stellungnahme verharren, bis uns von kirchlicher Seite eine Weisung zukomme, können wir heute nur mit bitterem Schmerz sagen, daß wir von dort nichts mehr erwarten. Unterdessen haben sich die Ereignisse in der Welt überall in beängstigender Weise zugespitzt. Viele Augen richten sich fragend und suchend auf die Kirche. Sie, die Verkünderin des göttlichen Wortes, schweigt. Sie redet bloß noch, wo sie schweigen sollte, und schweigt, wo sie reden müßte. Ohnmächtig und krastlos steht sie dem Geschehen der Zeit gegenüber. Und wo die Kirche als Ganzes versagt, ist es an den einzelnen Gliedern der Kirche, denen die Augen geöffnet worden find, zu reden. Aus dieser Lage heraus ist es uns nicht länger möglich, drückende Ketten und Fesseln zu tragen und uns in der Arbeit für das Reich Gottes hemmen zu lassen."

Wir rufen dieser glaubenskühnen Jugend das Wort aus Richter 6, 12 und 14, zu: "Gott mit dir, du tapferer Held!... Gehe hin in dieser deiner Kraft!"

12. Januar 1937.

Zur schweizerischen Lage.

Die Schweiz hat um die Jahreswende zweierlei erlebt: etwas Gutes und etwas sehr Böses. Wobei das Gute bloß in der Abwendung von etwas sehr Bösem besteht,

das Böse aber sehr positiv böse ist.

Das Gute ist der Fall des sogenannten Staatsschutzgesetzes. Von einem Fall kann man wohl reden. Denn wenn der Bundesrat selbst findet, daß man die Beratung dieser Lex Motta gut auf die Junisession der Bundesversammlung verschieben könne, dann wird er im Juni schwerlich behaupten können, sie sei dringlich, und dann wird er sie auch nicht der Volksabstimmung entziehen können, womit aber ihr Schicksal und vielleicht sogar das des Herrn Motta entschieden wäre. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß die Vorlage ohne Sang und Klang zu den andern Dokumenten schweizerischer Ehre wandern werde, welche

die Herren Motta, Baumann und Stämpfli am laufenden Band produzieren. Diese Wendung ist für den Schreibenden eine Ueberraschung. Er hätte nicht mehr darauf zu hoffen gewagt. Auch jetzt kann er nicht glauben, daß die Enkel Wilhelm Tells, die unter jener protzig-blöden Kuppel in Bern zusammenkommen, von sich aus den Mut zu einer solchen Opposition aufgebracht hätten. Aber eine sehr deutliche Volksstimmung wird sie dazu gezwungen haben, etwas was schließlich noch mehr wert ist. Es ist eine schwere Niederlage des Bundesrates, speziell Mottas, Mingers und Baumanns. Aber auch des offiziellen politischen Katholizismus, der das Knebelgesetz mit Lärm unterstützte und dessen "Jungmannschaft" (seltsame Jugend!) es noch nicht weit genug ging, dazu jener protestantischen Reaktion des verbündeten Geldsackes und "Wortes Gottes".

Wir freuen uns herzlich, daß der Schweiz diese Schande erspart geblieben ist. Es wäre aber sehr töricht, wenn wir nun vor solchen Anschlägen sicher zu sein glaubten. Sie werden, in vielleicht etwas schlauerer Form, wiederkehren, solange

wir diesen Bundesrat und dieses System dulden.

Eines muß indes mit Nachdruck festgestellt werden: Mit dem Mantel fällt auch der Herzog – mit der Lex Motta auch ihr Vorläufer, der Ukas vom 3. November. Denn dieser bezog alles, was er von wenigstens scheinbarer Gesetzeskraft an sich hatte, aus dem siegessicher in Aussicht gestellten späteren Hauptgesetz.

Er ist mit diesem verurteilt und abgetan.

Das war also etwas Gutes, etwas zum Aufatmen. Und nun das Böse, das sehr Böse, wodurch jenes Gute ganz verdunkelt worden ist: das Weihnachtsgeschenk des Herrn Motta. Ausgerechnet auf den Weihnachtsabend ließ Herr Motta, der vorbildliche Christ, das Schweizervolk und die Welt wissen, daß die Schweiz von Herzen, nicht bloß de facto, sondern de jure, durch den Mund Mottas Ja sage zu einem der schlimmsten Verbrechen, welche die Geschichte kennt: dem an Abessinien verübten weltpolitischen Raubmord mit allem, was dazu gehört. Es hieße die Leser beleidigen, wenn ich weitläufig auseinandersetzte, was das bedeutet: daß es einen vielfachen Verrat bedeutet, einen Verrat am Völkerbund, der noch keinen Beschluß über dieses Problem gefaßt hat, dessen Sitz die Schweiz und dessen Mitglied Abessinien noch ist, einen Verrat an Europa, das die Folgen des an Abessinien begangenen Verbrechens zu tragen haben wird, einen Verrat an der Christenheit, die dadurch geschändet, an Christus, dem dadurch ins Gesicht geschlagen worden ist, einen Verrat an der Menschheit, deren heiligste Gefühle und Ordnungen durch den abessinischen Frevel verhöhnt worden sind, einen Verrat vor allem auch an der Schweiz, deren Lebensrecht und Existenz allein auf jener Ordnung übernationalen Rechtes beruht, die sein oberster Beamter in seinem Namen mit Füßen tritt. Das Schlimmste aber all dieses Schlimmen ist, dass dadurch die Blutschuld an Abessinien mit besonderer Schwere auch auf uns gewälzt wird, die wir sie als Völkerrecht erklären. Wer an eine sittliche Weltordnung oder gar an ein Gericht Gottes glaubt, weiß, was das für unser Volk bedeutet.

Das alles braucht nicht weiter ausgeführt zu werden; jeder Schweizer, der noch ein solcher zu heißen verdient, empfindet es, und jeder Schweizer, der nicht verlernt hat, sich zu schämen, fühlt die Schande, die uns angetan worden ist.1) Nur einige besondere Gesichtspunkte will ich hervorheben, die nicht vergessen werden dürfen.

¹⁾ Man muß zwar nur immer staunen, was man mit den heutigen Schweizern erlebt. Ausgerechnet die "Nationalzeitung", in der besonders Dr. Kober und Eduard Behrens sonst noch einen wertvollen Rest von Schweizergeist vertreten, versieht die Mottasche Weihnachtsbotschaft sofort mit einem zustimmenden Kommentar, worin u. a. der Satz steht: "Es hat keinen Sinn, in der abessinischen Sache moralische Entrüstung zu spielen, und wenn jemand diese Rolle weiter spielen will, braucht es nicht die Schweiz zu sein." Wie, wenn sich andere Völker das merkten und an dem Tage, wo Hitler die Hand auf die Schweiz legte, etwa in einem holländischen oder englischen Blatt zu lesen wäre: "Es hat keinen Sinn, in der schweizerischen Sache moralische Entrüstung zu spielen — und so fort!"?

Einmal: Die Anerkennung ist also de jure, nicht nur de facto geschehen. Und nun erinnern wir uns daran, daß dies bis jetzt in dieser Form noch von keinem einzigen Staate geschehen ist, die Schweiz also der erste ist. Es charakterisiert sich dieser neue Akt Mottas nicht nur als jene Liebedienerei gegen das weltliche und geistliche Rom, an die uns Motta nur zu sehr gewöhnt hat, sondern — man übersehe die Bedeutung dieser Tatsache nicht! — sie schließt sich damit dem saschissischen Block an. Bedenken wohl genug Schweizer, was das für die Schweiz bedeutet?

Zum zweiten: Bedenken wir auch genug, was das für die Stellung der Schweiz zum Völkerbund und im Völkerbund bedeutet? Schon werden, durch andere Anlässe, die Motta gibt, unterstützt, im Auslande gewichtige Stimmen laut, welche die Frage stellen, ob diese Schweiz noch den Sitz des Völkerbundes behalten solle. Ein Weltblatt wie der "Manchester Guardian" erklärt zu Mottas Aktion: "Es ist ein außerordentlich schamloses Verhalten, das zeigt, wieviel Achtung gewisse Mitglieder des Völkerbundes für diesen hegen." Er ist damit nur die Stimme alles

dessen, was in der Welt noch Freiheit, Recht und Menschlichkeit liebt.

Zum dritten: Wer gibt Motta das Recht, so etwas im Namen der Schweiz zu tun? Dieses Recht ist ihm absolut abzusprechen. Ein politischer Akt von dieser Tragweite gehört in die Kompetenz der Bundesversammlung, wenn nicht gar vor eine Volksabstimmung. Das hat, noch vor dieser neuesten Tat, sogar ein so gouvernementaler Mann wie Nationalrat Oeri im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1937 nachgewiesen. Dieser Akt Mottas qualifiziert sich also durchaus als Staatsstreich. Wir müssen sagen: Auch ein Mussolini oder Hitler dürste nes nicht wagen, etwas so Entscheidendes zu tun, ohne sich wenigstens vorher mit ihren "führenden" Männern zu beraten. Das darf nur der oberste Beamte der Demokratie tun, zu der wir uns geade jetzt so "vorbehaltlos" bekennen sollen!

Sprechen wir es aus: Es ist zweiselhaft, ob in der ganzen Geschichte der

Sprechen wir es aus: Es ist zweifelhaft, ob in der ganzen Geschichte der Schweiz, die auch in dieser Beziehung an dunklen Blättern nicht arm ist, ein schweizerischer Staatsmann sich durch eine politische Handlung in diesem Maße gegen

die Schweiz vergangen hat, wie dieser Mann mit dieser Tat.

Schwer erträglich ist der Gedanke, daß wir das einfach müßten geschehen lassen. Müssen wir? Ich denke, daß wir nicht müssen; ich denke, daß wir im Namen der Schweiz und unseres Gewissens dagegen auftreten müssen. Es muß einen Weg geben, unserem Volke und den andern Völkern zu zeigen, daß Motta nicht die Schweiz ist, daß es eine Schweiz gibt — und es ist sicher die größere Hälste — welche diese Tat Mottas nicht anerkennt. Es gibt einen solchen Weg. Aber wir müssen weitergehen und der Bundesversammlung zumuten, daß sie durch ein Tadelsvotum diese schwere Belastung der Schweiz wenigstens moralisch aufhebe. Und noch mehr: Eine Initiative auf Abberusung des Bundesrates, mit spezieller Abzielung auch auf Motta, muß so rasch als möglich ins Volk geworfen werden.

Ich wiederhole, was ich schon vor einiger Zeit an dieser Stelle erklärt habe:

Motta muß weg oder er wird unser Verderben.

Inzwischen sieht es freilich nicht darnach aus. Es war — was soll ich sagen? — eine bittere Ironie, nein, ein wilder Hohn der Geschichte, daß wir gerade in den Tagen, wo dieser Mann eines dieser dunkelsten Blätter unserer Geschichte beschrieben hat, er in einem Lichtkreis von Geseiertsein stand. Er war ja Bundespräsident geworden, konnte sein fünfundzwanzigstes Jubiläum als Bundesrat seiern und hatte

¹⁾ Oeri verweist z. B. auf den Art. 71 der Bundesversassung, der die oberste Gewalt der Bundesversammlung überträgt, nicht dem Bundesrat oder gar einem Departement (nur die Ueberwachung der Ausführung ist Sache des Bundesrates), und auf den Art. 85, der "Maßregeln für die äußere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedenssichlüsse" ebenfalls der Bundesversammlung zuweist, also ohne Zweisel auch einen Akt, wie den in Frage stehenden. Auch zeigt Oeri, daß die Bestimmung in Art. 71, wo es vom Bundesrat heißt: "Er besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt", sich erstens nur auf administrative Tätigkeit beziehe und zweitens gegen die Kantone gerichtet sei, nicht gegen die Bundesversammlung.

— wenn ich nicht irre — gerade auch noch den Geburtstag. Da kamen denn die Glückwünsche zuerst vom faschistischen Block, von Mussolini, Ciano, Schuschnigg, und dann, weil es ohne Beleidigung Mottas offenbar nicht anders ging, auch von allerlei sonstigen Häuptern. Daß auch einer von Delbos an den Mitarbeiter Lavals und gar einer von Largo Caballero kam, gehörte wieder zum wilden Hohn der Geschichte. Auch eine Prämie aus einer bisher ziemlich unbekannten Stiftung für bürgerliche Tugend und Verdienste um den Frieden (!) kam zur rechten Stunde. Man erfuhr die ganze Fülle der Tugenden und Verdienste dieses großen Eidgenossen. Sein Kollege Meyer nannte ihn "einen großen politischen Erzieher der Eidgenossen". Der Präsident des Nationalrates überreichte ihm - ich weiß leider nicht, ob körperlich oder bloß sinnbildlich — ein Triptychon (= dreigeteiltes Altarbild), das ihn in seiner dreifachen Eigenschaft als Vorbild des christlichen Glaubens und der Liebe zu seinem Volke und zur Menschheit (Abessinien, Spanien und Rußland aber doch wohl ausgenommen, oder?) darstellte. Im Tessin aber läuteten die Glocken und Motta antwortete mit einem Hymnus auf die "Friedensmission der Schweiz" und einem Bekenntnis zum "Freiheitsgesang, der nach oben dringt". (Was ist hier "oben"? Wohl Mussolini, oder der Papst?) Er wußte auch selbst Schönes von sich zu melden: "Ich habe einmal gesagt: Ich bin Idealist, weil ich an Gott, an die Menschheit und an das Vaterland glaube." Endlich richtete er an die Studenten einen flammenden Appell, "mit Entschiedenheit für die Freiheit einzutreten" am Vorabend der Verhandlung der Lex Motta zur Beerdigung der schweizerischen Demokratie.

Es ist nicht gerade genußreich, aber lehrreich und wichtig, daß man ein solches

Tableau aufmerksam betrachtet. Solche Bilder gehen dem Gericht voraus!

Aber nun noch das Siegel auf alles das. Das "Vaterland", also ein Mottablatt, berichtet authentisch folgendes: "Die konservative Auffassung des Jubilars geht auf eine starke [!] Demokratie, eine Demokratie, welche nach seiner eigenen Deutung die Vorzüge eines faschistischen Systems in sich enthält, ohne landesfremde Einrichtungen übernehmen zu müssen." Nein, es geht auch sonst!

Noch einmal: Motta oder die Schweiz!

Von der Motta-Diktatur aus gelangen wir leider ohne viel dialektische Mühe

zu der übrigen, größtenteils durch ihn bestimmten Politik der Schweiz.

Sofort stoßen wir auf eine neue Schande: Die Behandlung des Redaktors a Prato des "Journal des Nations" in Genf. Da muß man nun zweierlei wissen. Einmal: Dieses "Journal des Nations" ist eines der besten und namentlich tapfersten Organe, welche die Sache des Völkerbundes vertreten. Man hielt es, wenn ich nicht irre, in dieser Beziehung für ein Sprachrohr der tschechoslowakischen Völkerbundspolitik. Sodann: Dieser a Prato war einmal ein Freund Mussolinis, war Minister, war im Kriege einer der besten Kampfslieger, war auch ein Freund des von den Oesterreichern gehenkten glühenden italienischen Patrioten Cesare Battisti. Aber sein Weg trennte sich von dem Mussolinis und seither haßte dieser ihn grimmig (auch weil er ein Freund von Graf Sforza ist) und verlangte immer wieder seine Ausweisung aus Genf. Und zum dritten: Im "Journal des Nations" standen ganz selbstverständlich Dinge, welche Mussolini und Hitler und darum auch Motta nicht gefielen. Und Sünde der Sünden: es trat für das republikanische Spanien ein. Aber es war doch nicht ganz leicht, einen solchen Mann einfach aus unserem Lande zu jagen, weil er für den Völkerbund kämpfe. Da kam Hilfe. Die spanische Regierung übergab durch einen Mittelsmann dem "Journal des Nations" eine Summe von 10 000 Franken. Das wurde — durch einen Diebstahl, wenn ich nicht irre — bekannt. Sofort ein Geschrei über Presskorruption. Dabei weiß man, daß mehr als ein hochoffiziöles Zeitungsorgan der welschen Schweiz schwerlich nur von Schweizergeld lebt. Man weiß auch, daß ein Unternehmen wie das "Journal des Nations" unmöglich bloß durch die Abonnements erhalten werden kann und daß das "Journal" auch kein Hehl daraus macht, daß es das Organ bestimmter politischer Kreise ist. Es hat denn auch ein sehr unparteiisches Ehrengericht a Pratos persönliche und journalistische Ehrenhaftigkeit festgestellt. Aber die Herren Motta und Stämpfli ließen ihre Beute nicht mehr fahren. Es erfolgte die Ausweisung, und zwar aus der ganzen Schweiz. Die Begründung war, a Prato "habe zahlreiche Artikel über äußere Politik geschrieben, die keine Beziehung zum Völkerbund gehabt hätten" [kontrolliert das Herr Stämpsli oder einer seiner "Bupos"?], und noch deutlicher, "er habe zahlreiche Artikel über die innere Politik fremder [!] Länder geschrieben". Besonders sei, so heißt es in der neuesten Aeußerung, "seine leidenschaftliche Stellungnahme im spanischen Bürgerkrieg geeignet, die Beziehungen der Schweiz zum Ausland [zu welchem?] zu stören". Wobei totsicher ist, daß ihm, wenn er leidenschaftlich für den Faschistenhäuptling Franco Partei genommen hätte, kein Haar gekrümmt worden wäre.

Der Mann muß weg. Aber in der ganzen Welt wird die Schweiz dadurch noch mehr als bisher zu einer Dependance des faschistischen Zuchthauses. Das "Oeuvre", ein Organ Herriots, fragt: "Kann man noch glauben, daß der Völkerbund in Genf einen freien und unabhängigen Sitz habe?" Und "Europe Nouvelle", ein halboffizielles Organ, erklärt: "Es ist möglich, daß unter den vorhandenen Umständen die Schweiz nicht mehr die Fähigkeit besitzt, die für den Völkerbund notwendigen Freiheiten zu verbürgen." Kann die Schande noch größer werden?

Aber der Fall a Prato beleuchtet bloß eine allgemeine Tatsache, die Tatsache, daß unsere Bundesanwaltschaft und die mit ihr verbundene Fremdenpolizei im Dienste Mottas und überhaupt der geistlichen und weltlichen Reaktion keinen freien Mann mehr in der Schweiz dulden wollen.

Gegen diese Praxis wendet sich eine Eingabe der Bernischen Frauenliga für Frieden und Freiheit:

"Im Anschluß an einen am 2. Dezember im Konferenzsaal der französischen Kirche stattgefundenen Vortrag von Dr. Hedwig Anneler, betitelt: "Vor 250 Jahren: Die Hugenottenslüchtlinge bei uns und in andern Ländern", gestatten wir uns die dringende Bitte an Sie, hochgeehrte Herren Bundesräte, zu richten, das schweizerische Afylrecht in so weitherziger Weise zu handhaben, wie es die große Tradition unseres Landes verlangt.

Vor 250 Jahren hat die Schweiz 140 000 um ihres Glaubens willen verfolgten Hugenotten Aufnahme gewährt. Bern allein, das damals nur 10 000 Einwohner zählte, beherbergte während 15 Jahren beständig 700 bis 1000 Flüchtlinge, von denen mindestens ein Drittel vollständig mittellos waren. Und dies tat es, obschon sich große Schwierigkeiten einstellten, wie Fehljahre, Arbeitskonkurrenz, schwere Drohungen der benachbarten Großmächte.

Wir sind der Ueberzeugung, daß trotz der auch heute vorhandenen ähnlichen Schwierigkeiten eine möglichst weitherzige Handhabung des Afylrechtes den Flüchtlingen gegenüber der einzig würdige Weg ist, den wir Schweizer einschlagen müssen, und bitten Sie daher herzlich, das Afylrecht im Sinne der Menschlichkeit und Nächstenliebe auszulegen und anzuwenden."

Zu der Mottaschen Schweizerpolitik gehört natürlich auch die rastlose Ausschnüffelung von Sympathien für die spanische Republik. Sie geht sogar so weit, Tschechen und Oesterreicher, die dieser zu Hilfe kommen wollen, zu verhasten und zurückzuschicken, obschon das Motta nichts angeht. Berichte von Werbezentralen für die spanische Volksfront und von kommunistischen Umtrieben dienen im wesentlichen der Kommunismushetze, die ihrerseits andern Zwecken dient.

Zu dieser Außenpolitik 1) gehören auch gewisse Prozesse, die alle einen Hohn auf unsere Demokratie und Unabhängigkeit bilden. Da ist der Prozess, den jener Hauptmann Hausammann, der in seinem bekannten Rundbrief die nicht hitlerfreundliche Schweiz aufs gemeinste beschimpst und direkt dem Dritten Reiche denunziert hatte — wenigstens der Wirkung seiner Worte nach —, gegen den kommunistischen Nationalrat Bodenmann anstrengte, weil dieser ihn darob eines landesver-

¹) In der Wirtschaftspolitik steht es nicht besser. Fiasko überall. Mühselige und unerbauliche Verhandlungen im Bundeshaus über Budget und Arbeitsbeschaffung. Glänzende Saison der Hotellerie infolge der Abwertung, aber erste Schatten der Teuerung.

räterischen Tuns bezichtigt hatte. Für dieses Urteil, dem jeder Unbefangene zustimmen mußte, erhielt Bodenmann drei Wochen Gefängnis und 1000 Franken Buße. — Da ist das nicht weniger skandalöse Urteil gegen Hans Mühlestein. Er erhielt einen Monat Gefängnis, weil man ihm ohne jeden stichhaltigen Grund vorwarf, er habe einen gewissen Sigg dazu verleitet, als "Freiwilliger" nach Spanien zur Volksfront zu gehen. Mühlestein mag da und dort fehlgreisen, aber er bleibt einer unserer bedeutendsten Menschen und Schriftsteller und ist noch ein Mann von geistiger Rasse. In beiden Fällen ist ganz offenkundigerweise eine politische Gesinnung verurteilt worden. — Der Prozeß Frankfurter gehört auf die gleiche Linie. Man hat aus Rücksicht auf Hitler und reaktionärer Gesinnung aus einem politischen Attentat einen "gemeinen Mord" gemacht. Der ganze Prozeß hätte auf dem Hintergrund dessen, was Hitler dem Judenvolk antut, dieses hundertsachen physischen und tausendsachen seelischen Mordes, vor sich gehen müssen. Schade, daß auch der Verteidiger nicht sest darauf bestand! Die Begründung des Urteils, die nun erschienen ist, trägt die gleichen Züge der reaktionären, politisch bestimmten Gehässigkeit und Ungerechtigkeit wie die Anklage. Dafür erklären sich nun die Nazi als mit den Alt fry Rätiern völlig zufrieden. Und Wilhelm Hotell wird es auch sein. Auch Motta.

Auch der Antisemitismus erhebt in diesem Zusammenhang immer frecher sein abscheuliches Haupt. In Zürich wirst man eine Petarde gegen die alte Synagoge und Tränenbomben in ein jüdisches Warenhaus, verbreitet antisemitische Flugzettel und klebt Streichers gelben Fleck auf Mauern und Schaufenster. Wo bleibt da

Stämpflis Bupo?

In die Rubrik der reaktionären Diktatur gehören auch weitere Tatsachen: das Verbot einer Tagung der Ernsten Bibelforscher in Luzern, die Aushebung des Telephon- und wohl auch des Post- und Telegraphengeheimnisses, das Verbot des Verkauses der neuen Schrist von Werner Schmid "Abrechnung mit dem Bundesrat" an den Bahnhofkiosken (die aber lügenstrotzende Schristen gegen Spanien ruhig anbieten dürsen) und, was noch weiter geht, die Anweisung an die Post-beamten, jene im Ukas vom 3. November genannten "kommunistischen, anarchistischen, antimilitaristischen und religionsfeindlichen Druckschristen" zurückzuhalten und sie dem "Rechtsdienst der GDPTT" (echte Hitlermarke) einzusenden. Also der Postbeamte als Zensor!

Und immer neue Ringe zieht diese reaktionäre Welle. Eine Gewerbe-, Bauernund Bürgerpartei soll den "Jungbauern" einen Damm entgegensetzen. In der welschen Schweiz rust man eine Bewegung des "Redressement national" ins Leben und die deutsche übersetzt es in "Eidgenossen eigener Krass". An der Tagung der Vereinigungen für den Völkerbund aber fordern sogar Männer wie Professor Rappard mehr Neutralität! Wo bleibt da sein Buch über "Die Schweiz im Völker-

bund"?

Einer solchen Reaktion gegenüber erscheint sogar die Richtlinienbewegung als revolutionär. Diese Richtlinien mit ihrer "vorbehaltlosen Demokratie" und "militärischen Landesverteidigung" hat nun der sozialdemokratische Parteivorstand "fast einstimmig" gebilligt, und ein Parteitag soll das endgültig tun. Opposition machten offenbar nur Kramer und Nicole. (Und Graber?) Wie es mit dieser "Landesverteidigung" durch Minger, Motta und Genossen steht, hat neuerdings ein Aussatz von Dr. Bächi enthüllt. Macht nichts! Nun bringt auch das "Volksrecht" in seiner Weihnachtsnummer das Militärtableau. Tableau und sinis socialismi helvetici!

Melden wir noch, daß um Duttweiler herum sich eine neue politische Bewegung als "Landesring der Unabhängigen" bilden soll. Einen solchen hätten wir schon nötig, aber vorläufig fehlen dazu die Glieder des Ringes. Und Richtlinien sind nötig, sicher, aber nicht die Richtlinienbewegung bringt sie. Bis sich um solche Richtlinien, die wahren, echten, lebendigen, in revolutionärer Erhebung der Geister wahre Ring bildet, muß noch einiges geschehen — so Gott noch Geduld haben will.

12. Januar 1937.